Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5693**

19. Wahlperiode 12.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Karsten Hilse, Leif-Erik Holm, Andreas Bleck, Matthias Büttner, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Wolfgang Wiehle, Dr. Heiko Wildberg und der Fraktion der AfD

Ende der fossilen Wirtschaft

Die sich selbst als „Leitmedium der Bundeshauptstadt“ titulierende Zeitung „Der Tagesspiegel“ (www.tagesspiegel.de/themen/leitmedium/leitmedium-der-hauptstadt/9328676.html) berichtete mit ihrer Schlagzeile am 15. September 2018 auf Seite 1: „Bundesregierung: Fossile Wirtschaft ist am Ende“. Diese Schlagzeile fußt allein auf einer Aussage des Staatssekretärs im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Jochen Flasbarth, der in dieser Zeitung mit der Aussage zitiert wurde: „Überall kommt die Botschaft an. Die fossile Wirtschaft ist am Ende, nicht abrupt, aber dass das keine Zukunft mehr hat, das ist völlig offenkundig.“ Diese Aussage soll auf einem vom Gouverneur des Bundesstaats Kalifornien, dem Demokraten Jerry Brown, initiierten Global Climate Action Summit gefallen sein (www.tagesspiegel.de/politik/kohleausstieg-bundesregierung-fossile-wirtschaft-ist-am-ende/23070140.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat Staatssekretär Flasbarth in seiner zitierten Aussage die Meinung der gesamten Bundesregierung wiedergegeben und wenn ja, wann wurde ein Kabinettsbeschluss zur Beendigung der fossilen Wirtschaft für welches Jahr gefasst?
2. Wenn es eine derartige Festlegung der Bundesregierung nicht gibt – hat der Staatssekretär Flasbarth seine Privatmeinung kundgetan?
3. Gibt es schon Ergebnisse der sogenannten Kohlekommission, die schon Herrn Staatssekretär Flasbarth bekannt sind, aber noch nicht dem Deutschen Bundestag?
4. Handelte es sich bei der Reise von Herrn Flasbarth zu einem Summit in California um eine Privatreise oder eine genehmigte Dienstreise?
5. Falls es sich um eine Dienstreise handelte – wie hoch sind die Kosten laut Abrechnung
   a) für den Herrn Staatssekretär?
   b) für Mitarbeiter und Begleiter des Herrn Staatssekretärs?
   c) für die seitens der Bundesregierung eingeladenen Journalisten?
6. Ist der Bundesregierung bekannt, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika, damit auch im Bundesstaat California, am 6. November 2018 Wahlen (Mid-Term-Elections) abgehalten werden?

7. Wenn ja, wie ist vor diesem Hintergrund zu bewerten, dass ein Mitglied der Bundesregierung an einem von einem Angehörigen der Demokratischen Partei veranstalteten Summit teilnimmt, und gelten die grundlegenden Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts in seiner Entscheidung zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung in Wahlkampfzeiten nicht für die rechtliche Bewertung für Wahlkämpfe im Ausland (BVerfGE 44, 125, bestätigt durch das neueste Urteil des BVerfG zur Äußerungsbefugnis von Mitgliedern der Bundesregierung vom 16. Dezember 2014, Az. 2 BvE 2/14, abzurufen unter: www.juris.de)?

Berlin, den 31. Oktober 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333